

DIE SCHWEIZ IM INTERNATIONALEN WETTBEWERB



Terrainverlust in den neunziger Jahren.

Wachstum bedeutet nicht zuletzt Innovation.

Solide Ausgangsbasis für starke Wettbewerbsfähigkeit.

Elemente einer Wachstumsstrategie.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Die Schweiz in Zahlen	4 bis 20
Elemente einer Wachstumsstrategie	21

Herausgeber:

CREDIT SUISSE, Economic Research, Postfach 100, CH-8070 Zürich

Autoren:

Alois Bischofberger, Tel. +41 1 333 61 26, alois.bischofberger@credit-suisse.ch

Semya Ayoubi, Tel. +41 1 333 77 35, semya.ayoubi@credit-suisse.ch

Cesare Ravara, Tel. +41 1 333 59 12, cesare.ravara@credit-suisse.ch

Fritz Stahel, Tel. +41 1 333 32 84, fritz.stahel@credit-suisse.ch

Grafikservice:

Markus Halmer, Tel. +41 1 333 66 92, markus.halmer@credit-suisse.ch

Layout und Grafiken:

Carmen Sopi, Tel. +41 1 333 66 49, carmen.sopi@credit-suisse.ch

Druck:

Fröhlich Druck AG, Dachslerenstrasse 3, CH-8702 Zollikon

Redaktionsschluss:

21. Juli 2000

Erscheinungsweise:

Etwa 6 Ausgaben pro Jahr gemäss Aktualität der Themen.

Verzeichnis der bisherigen Ausgaben auf Seite 23.

Abonnements und Bestellungen:

Direkt bei Ihrem Kundenberater oder bei jeder CREDIT SUISSE Geschäftsstelle.

Interne Bestellungen via HOST mit Mat.-Nr. 1540811 (HOST: MW01). Abonnements mit Publicode EBD (HOST: WR10). Einzelexemplare über EBIC Fax +41 1 333 37 44 oder e-mail: daniel.challandes@credit-suisse.ch

Besuchen Sie uns auf dem Internet:

www.credit-suisse.ch/economic_research

Kopien unter Quellenangabe gestattet.

Einleitung

Die vorliegende Broschüre möchte anhand von Grafiken die neuere Entwicklung, den Zustand und die Perspektiven der schweizerischen Volkswirtschaft im Vergleich mit anderen Industriestaaten darstellen.

Zwei Einschränkungen sind zu machen:

Erstens decken die meisten Grafiken den Zeitraum ab 1990 ab. Sie zeigen also nicht die Geschichte der Schweizer Volkswirtschaft. Das lässt sich vertreten, weil unser Bruttoinlandprodukt (BIP) bis zum Ende der achtziger Jahre zwar langsamer als jenes der wichtigsten Konkurrenten, aber doch weitgehend im Einklang mit ihnen wuchs. Die neunziger Jahre brachten einen Strukturbruch; unser Wachstum geriet ausser Tritt.

Zwischen 1990 und 1996 litt die Schweiz unter wirtschaftlicher Stagnation. Das Nullwachstum war eine traumatische Erfahrung, setzte aber auch Kräfte der Erneuerung frei. In den letzten drei Jahren wurde die Stagnation überwunden. Im ersten Halbjahr 2000 hat das schweizerische Wirtschaftswachstum Anschluss an das europäische gefunden.

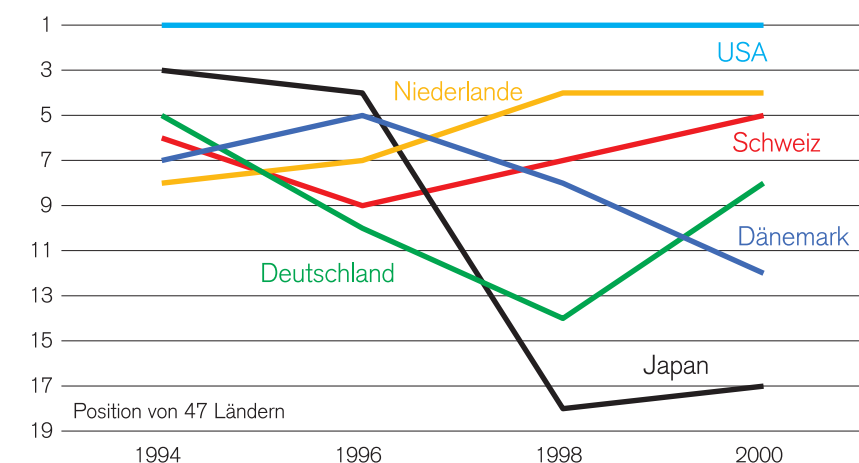
Zweitens konzentrieren sich die Vergleiche auf die Industrieländer, die heute rund 78% zur weltweiten Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen beitragen. Probleme der Datenbasis und der Vergleichbarkeit erschweren die Integration der emerging economies in eine solche Analyse. Wir müssen aber immer im Auge behalten, dass die aufstrebenden Volkswirtschaften trotz temporärer Rückschläge stetig an Bedeutung gewinnen, in vielen Bereichen auf der Aufholjagd sind und manchmal sogar den benchmark bilden. Die Forschungspolitik Singapurs und Chiles Pensionskassensystem gelten als vorbildlich und massgebend.

Die Schlussfolgerung aus der Analyse lautet: Die Schweiz hat für eine starke internationale Wettbewerbsfähigkeit eine sehr solide Ausgangsbasis. Sie nutzt aber, im Gegensatz zu vielen ihrer weltweit ausgerichteten Unternehmen, das hervorragende Potenzial zu wenig konsequent aus. Diese Tatsache äussert sich in einer Wachstumslücke, die in den neunziger Jahren grösser wurde und sich nur langsam schliesst. Ungenügendes Wachstum schafft langfristig auch für hochentwickelte Volkswirtschaften Probleme. Die Diskussionen um die Finanzierbarkeit des Sozialstaates und die Altersvorsorge zeigen dies. Wirbürden unseren Nachkommen Lasten auf, die wir weit von uns weisen würden. Mit deutlich mehr Wachstum und konsequenten Reformen, zum Beispiel im Gesundheitswesen, kommen wir aus dem Schneider.

Die Schweiz muss deshalb eine Wachstumsstrategie entwerfen und umsetzen. Parteien, Unternehmen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Schulen und Staatsbürgerliche Gesellschaften sollen sich daran beteiligen.

Wachstum bedeutet nicht zuletzt Innovation. Innovation hat nicht nur mit der Qualität der Schulen, dem Standard der betriebsinternen Forschung und Entwicklung und der raschen Anwendung des technologischen Wissens, sondern auch stark mit der geistigen Einstellung zu tun. Hier sind die Zeichen unübersehbar, dass wir von der Mentalität der hundertprozentigen Absicherung und von risikoscheuen Unternehmenskulturen Abschied nehmen.

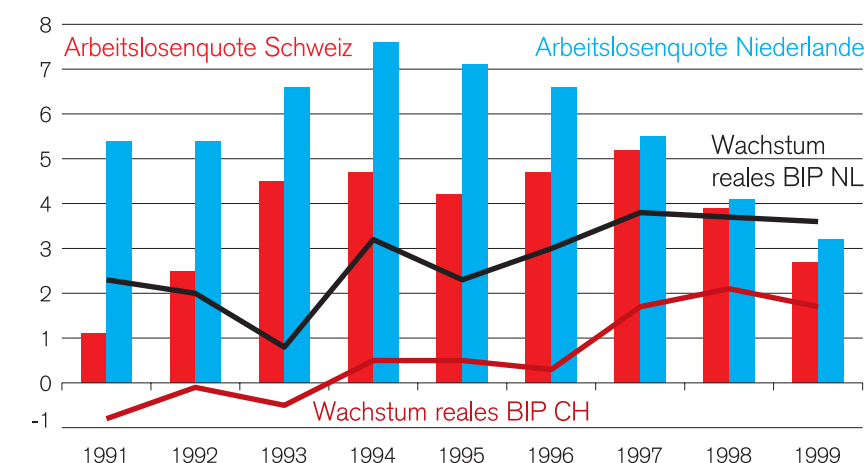
Länder-Ranking Wettbewerbsfähigkeit



Quelle: The World Competitiveness Yearbook

Die Schweiz nimmt in den massgebenden Darstellungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Ländern einen Platz in den vordersten Rängen ein. Aber Spitzenpositionen können schnell verloren gehen. Japan und Dänemark zeigen dies. Unser Land geriet Mitte der neunziger Jahre auf die schiefe Bahn, konnte aber die Einbusse an Konkurrenzskraft relativ rasch wettmachen. Die Niederlande veranschaulichen, dass sich die kontinuierliche Verbesserung der Rahmenbedingungen bezahlt macht – und dass die Schweiz überholt werden kann. Wir können es noch besser machen.

Schweiz und Niederlande im Vergleich, in %



Die Niederlande, die sich mit der Schweiz um einen Platz an der Sonne streiten, legten im Laufe der neunziger Jahre eine bessere makroökonomische Performance an den Tag. Die früher hohe Arbeitslosigkeit wurde nahezu auf schweizerisches Niveau reduziert, und die Wachstumsdifferenz betrug zwischen 1.3 und 3.1 Prozentpunkten. Holland hat in vier wichtigen wirtschaftspolitischen Bereichen Massnahmen getroffen, um seine Standortqualität zu verbessern.

Verbesserung der Standortqualität in den Niederlanden

- **Fiskalpolitik:** Ausgabenkürzungen, Steuersenkungen, Verlagerung auf indirekte Steuern.
- **Arbeitsmarktpolitik:** Kürzung der Leistungen der Sozialversicherungen, Verschärfung der Voraussetzungen für Unterstützungsleistungen, niedrigere Lohnnebenkosten, Förderung Teilzeitarbeit, Anreize zur aktiven Arbeitsplatzsuche.
- **Wettbewerbspolitik:** Liberalisierung Ladenöffnungszeiten, neue Wettbewerbsgesetzgebung, Erleichterungen bei Unternehmungsgründungen, verstärkter Wettbewerb im Verkehr und Gesundheitswesen sowie bei Versorgungsbetrieben.
- **Bildungspolitik:** Förderung des "lifelong learning".

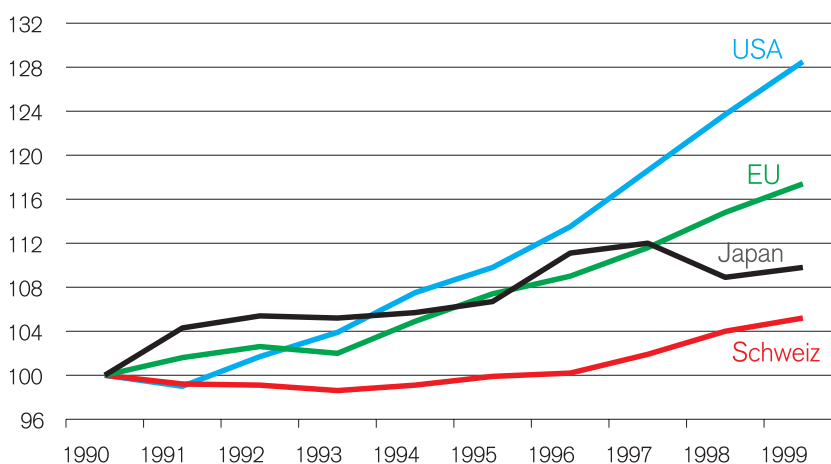
Pro-Kopf-Einkommen der OECD-Länder (Kaufkraftparitäten)

	1970	1980	1990	1998
1.	Schweiz	USA	Luxemburg	Luxemburg
2.	USA	Schweiz	USA	USA
3.	Luxemburg	Kanada	Schweiz	Norwegen
4.	Schweden	Luxemburg	Kanada	Schweiz
5.	Kanada	Island	Japan	Dänemark
6.	Frankreich	Frankreich	Norwegen	Island
7.	Dänemark	Schweden	Frankreich	Kanada
8.	Australien	Norwegen	Island	Japan
9.	Niederlande	Belgien	Schweden	Belgien
10.	Neuseeland	Österreich	Österreich	Österreich
11.	Grossbritannien	Niederlande	Dänemark	Niederlande
12.	Belgien	Dänemark	Belgien	Deutschland
13.	Deutschland	Australien	Italien	Australien
14.	Österreich	Italien	Finnland	Irland
15.	Italien	Deutschland	Deutschland	Frankreich
16.	Norwegen	Japan	Niederlande	Italien
17.	Japan	Grossbritannien	Australien	Finnland
18.	Finnland	Finnland	Grossbritannien	Schweden
19.	Island	Neuseeland	Neuseeland	Grossbritannien
20.	Spanien	Spanien	Spanien	Neuseeland

Quelle: OECD

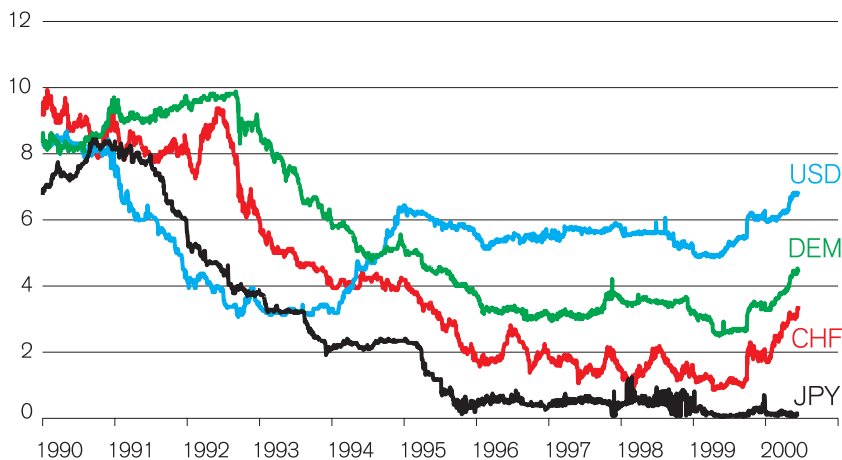
Die Schweiz war lange das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Im Gefolge der Erdölkrise rückten vorübergehend ölproduzierende und bevölkerungsarme Nahoststaaten, später so unterschiedliche Industrieländer wie die Vereinigten Staaten, Luxemburg und Norwegen an die Spitze vor. Die Position der Schweiz ist immer noch vorzüglich. Aber: Auch ein Abstieg vom ersten auf den vierten Platz ist ein Abstieg.

Wirtschaftswachstum, real (1990=100)



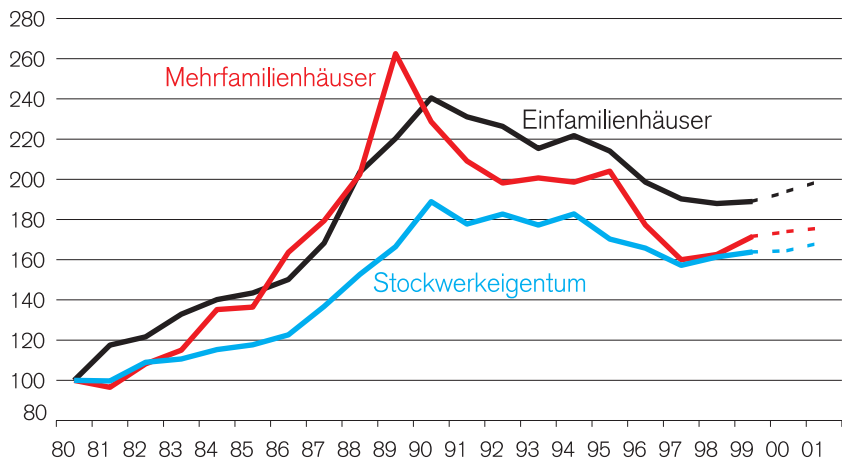
Die Geschichte vergleichsweise niedriger schweizerischer Wachstumsraten reicht bis in die sechziger Jahre zurück. Im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1989 nahm das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) der OECD-Länder um durchschnittlich 3.6%, jenes der Schweiz um 2.6% pro Jahr zu. In den neunziger Jahren hatte unser Land den Anschluss an den internationalen Wachstumsrhythmus vorübergehend verloren. Die Wachstumsschwäche ist nur mit Japan einigermaßen vergleichbar. Selbst die EU, die in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts im Zeichen der wachstumsdämpfenden Maastricht-Kriterien stand, legte eine bessere Performance an den Tag.

Euro-Zinssätze (3 Monate) in %



Ein erster Grund für die langjährige Stagnation lag im Zinsschock, der der Konjunktüreuphorie ein jähes Ende versetzte. Die Spätphase der Hochkonjunkturperiode 1983 bis 1989 war durch eine expansive Geldpolitik, Spekulationen auf den Immobilienmärkten und zunehmenden Inflationsdruck geprägt. Das führte am Anfang der neunziger Jahre zu einer radikalen geldpolitischen Wende, in deren Gefolge die kurzfristigen Zinsen auf 10% hinaufschleunigten. Die Realzinsen betrugen damals bis zu 4,5% – eine Konjunkturbremse erster Güte war betätigt.

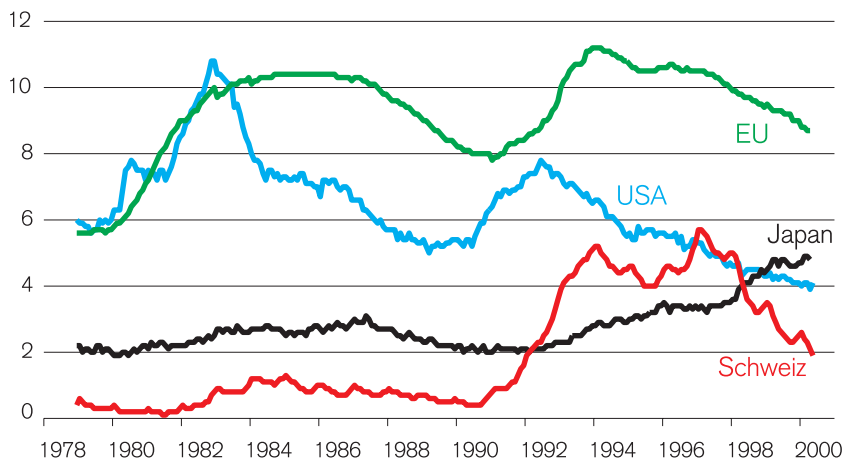
Immobilienpreise Zürich (ZKB-Index 1980=100)



Prognose: CREDIT SUISSE Economic Research

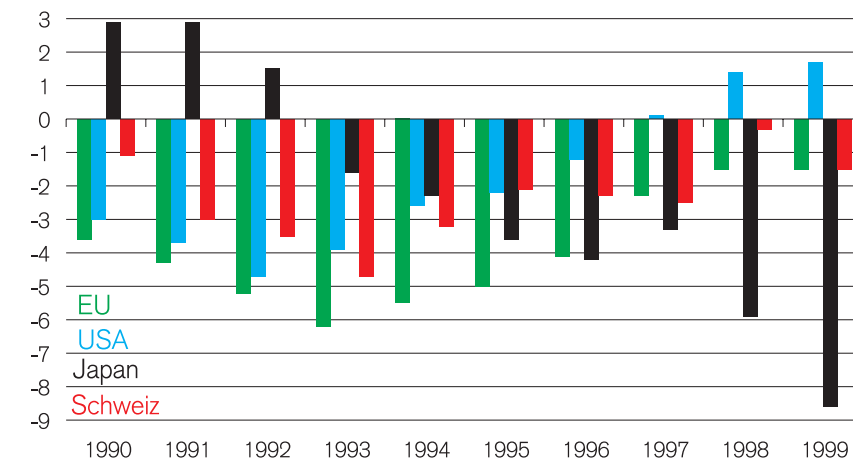
Der Wirtschaftsboom der achtziger Jahre hatte zu einer Überhitzung am Immobilienmarkt und einer markanten Überproduktion von kommerziellen Liegenschaften geführt. Der starke Zinsanstieg dämpfte nicht nur die allgemeine Konjunktur, sondern führte auch zu einer massiven Korrektur der Immobilienpreise, hier dargestellt am Beispiel Zürichs, und einem Einbruch bei den Bauinvestitionen. Der Preisrückgang kam erst in den Jahren 1997/98 zum Stillstand. Er wurde von einer Gegenbewegung abgelöst. Diese dürfte sich in den kommenden Jahren beschleunigt fortsetzen.

Arbeitslosigkeit in % der Erwerbstätigen



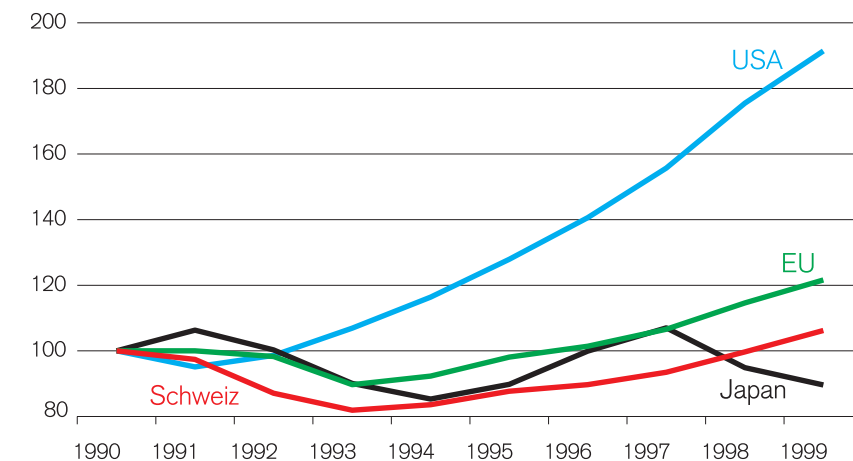
Die Schweiz hatte in der Nachkriegszeit keine Erfahrung mit einem schockartigen Anstieg der Arbeitslosenquote. Das änderte sich am Anfang der neunziger Jahre, als die Arbeitslosigkeit innerhalb von weniger als drei Jahren von unter 1% auf über 5% anstieg und während einiger Jahre auf hohem Niveau verharrte. Die Auswirkungen auf die Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit und -perspektiven, die Einkommenserwartungen, die Konsumentenstimmung und das tatsächliche Konsumverhalten waren schwerwiegend.

Budgetüberschüsse/-defizite in % BIP

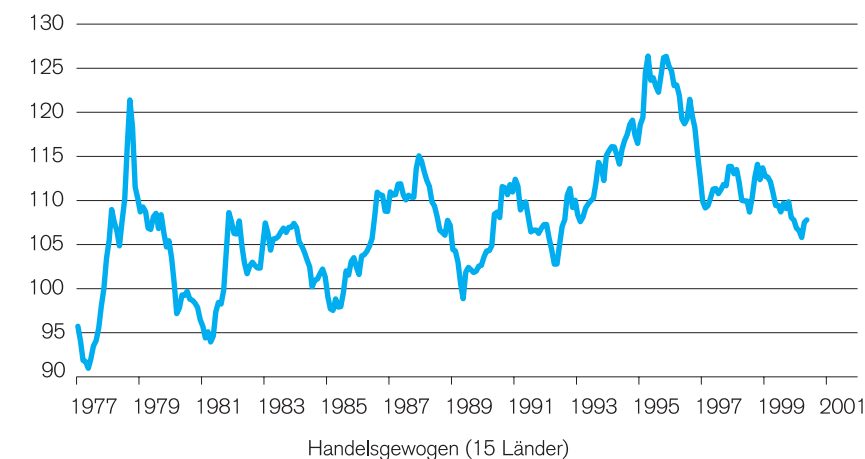


Quelle: Eurostat

Ausrüstungsinvestitionen, real (Index 1990=100)



Realer Wechselkurs des Schweizerfrankens (Index 1977=100)

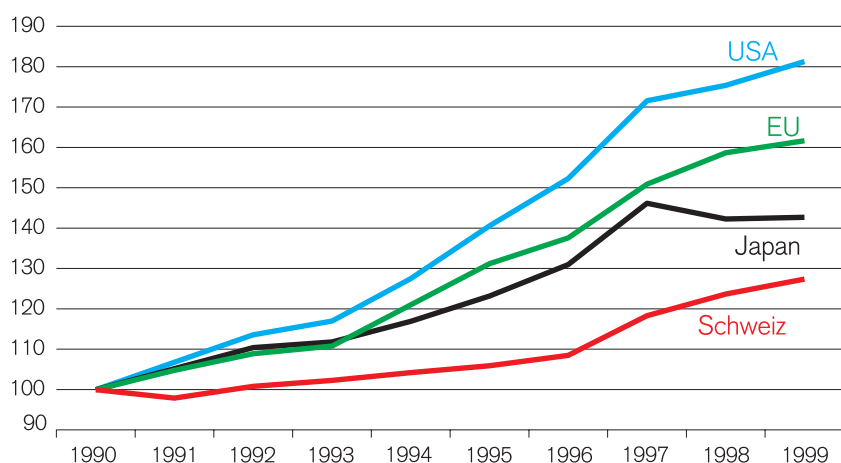


Die rezessionsbedingt steigenden Ausgaben für die Sozialversicherungen und die negativen Auswirkungen der Stagnation auf die Steuereinnahmen resultierten 1993 in einem Budgetdefizit von nahezu 5% des BIP. Mit der Perspektive einer weiteren Verschlechterung im Staatshaushalt konfrontiert, warfen die Behörden das Steuer trotz Rezession und im Einklang mit den Regierungen der EU herum. Diese zyklische Fiskalpolitik dämpfte das Wachstum zusätzlich. Die Lehre: In guten Jahren – in die wir eingetreten sind – erwirtschaftete Überschüsse erweitern den Spielraum für schlechte Zeiten.

Das nebenstehende Schaubild erklärt das amerikanische "Wirtschaftswunder" (4% Wachstum, 4% Arbeitslosenquote, 2% Inflation, 2% am BIP gemessener Budgetüberschuss). Während die amerikanischen Unternehmen ihre Produktionskapazitäten in den neunziger Jahren massiv ausweiteten und modernisierten, hinkten die EU, Japan und die Schweiz weit nach. 1999 lag das Niveau unserer realen Ausrüstungsinvestitionen nur wenig über jenem vor zehn Jahren.

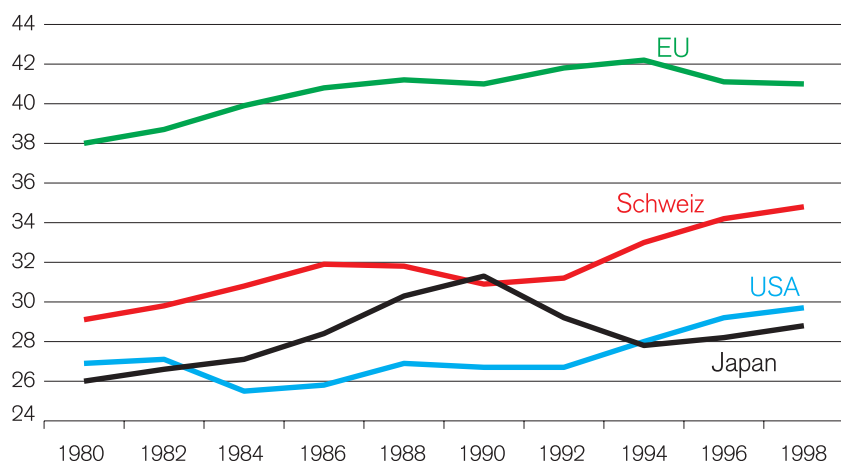
Der Schweizerfranken wertete sich in den Jahren 1992 und 1995 um real insgesamt 23% auf. Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) war in diesem Zeitraum restriktiver als jene der EU-Länder. Im Laufe des Jahres 1995 schwenkte die SNB auf einen monetären Kurs um, der dem Aussenwert des Schweizerfrankens ein grösseres Gewicht als bisher einräumte. Seitdem hat sich der reale handelsgewogene Wechselkurs deutlich zurückgebildet.

Entwicklung der realen Exporte (G+D), (Index 1990=100)



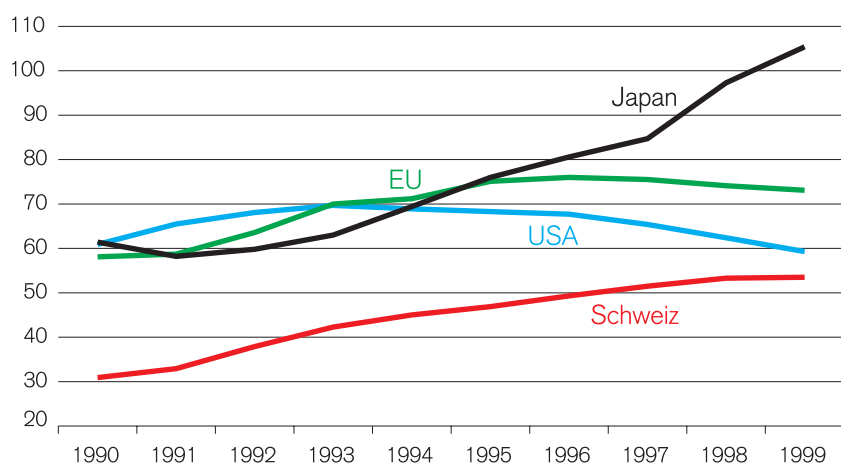
Die Stabilität des Wechselkurses in den letzten Jahren hat die Exportindustrie beflügelt. In den drei Jahren zwischen 1996 und 1999 wuchsen die realen Ausfuhren insgesamt gleich schnell wie in den sechs Jahren zuvor. Es war aber nicht nur der Wechselkurs, der die Exporte zunächst bremste, auch der markante Strukturwandel, der die Schweizer Wirtschaft prägte, und Schwierigkeiten im Tourismus spielten eine Rolle. In den kommenden Jahren liegt viel mehr drin, Europa, unser wichtigster Handelspartner, ist erwacht.

Fiskalbelastung (Steueraufkommen inkl. Sozialversicherung in % BIP)



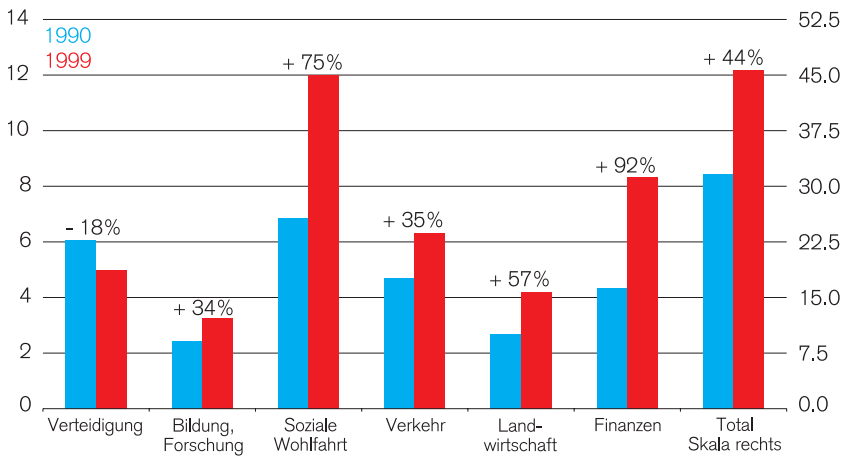
Nicht zuletzt aufgrund des geringen nominellen Wirtschaftswachstums ist die Fiskalquote, also der Anteil des Steueraufkommens einschliesslich der Sozialversicherungen am BIP, im Gegensatz zum Trend in der EU in den neunziger Jahren gestiegen. Da die Fiskalbelastung allen Umfragen zufolge einen wesentlichen Standortfaktor darstellt, muss diese Entwicklung in einer Periode stärkeren Wachstums korrigiert werden.

Staatsschuld in % BIP



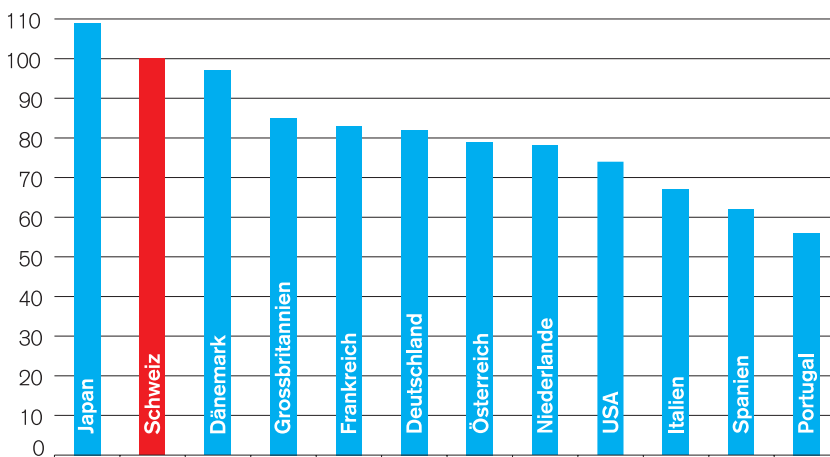
In Bezug auf die Staatsverschuldung folgen wir seit 1995 einem Trend, der jenem bei wichtigen Handelspartnern und Konkurrenten wie der EU und den Vereinigten Staaten entgegenläuft: Anstieg versus Rückbildung. In den USA ist die Staatsschuldenquote heute niedriger als am Anfang der neunziger Jahre, in der Schweiz liegt sie um mehr als 20 Prozentpunkte höher. Wir haben in den achtziger Jahren ein engmaschiges Sozialnetz geknüpft, das uns während der Stagnationsjahre zu schaffen machte. Die gute Konjunktur eröffnet Chancen für Stabilisierung und Abbau der Schuldenquote.

Ausgaben des Bundes 1990/1999 in Mrd. CHF



Die Ausgaben des Bundes für die soziale Wohlfahrt waren 1999 mit rund 12 Milliarden Franken um 75% höher als am Anfang des Jahrzehnts. 1990 machten sie 21.7%, 1999 26.3% der Gesamtausgaben des Bundes aus. Die mageren Jahre sind jetzt überstanden. Es herrscht Vollbeschäftigung. Das Niveau der Sozialausgaben beginnt zu sinken. Es entsteht Spielraum für höhere Ausgaben im zukunfts-trächtigen Bereich Bildung und Forschung und, vor allem, für einen Abbau der Steuerbe-lastung.

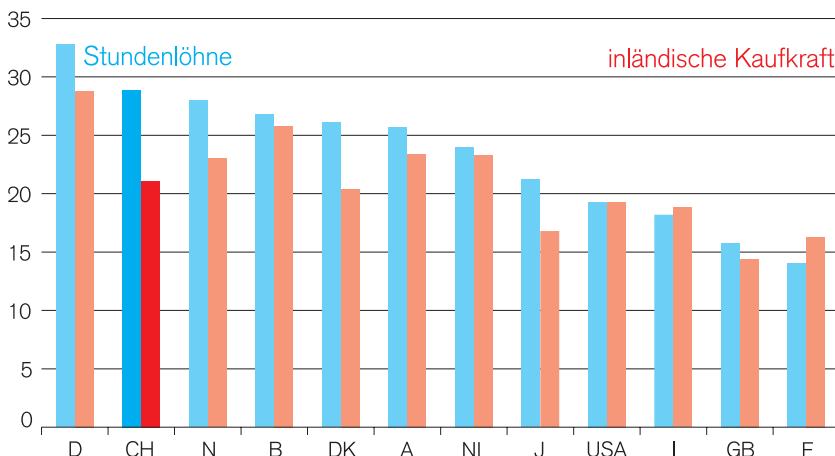
Hochpreisland Schweiz (Preisniveau Schweiz = 100)



Quelle: Comparative Price Levels, OECD 1998

Die Schweiz ist ein Hochpreisland. Das Preis-niveau übertrifft den OECD-Durchschnitt um rund 33%. Besonders starke Abweichungen gibt es im Gesundheitssektor, im Transport- und Kommunikationsbereich, bei den Mieten und in der Energieversorgung (Elektrizität), also bei Dienstleistungen, die dem internati-onalen Wettbewerb (noch) nicht oder wenig ausgesetzt sind. Die Differenzen lassen sich nicht allein mit dem höheren Einkommens-niveau begründen. Sie sind auch die Folge einer hohen Regulierungsdichte, von Schutz-massnahmen, Kartellen und andern Eintritts-barrieren (z.B. bei Architekten, Rechts-anwältinnen, Ärzten). Die in Gang gekommenen und anstehenden Liberalisierungen werden diesen Trend umkehren.

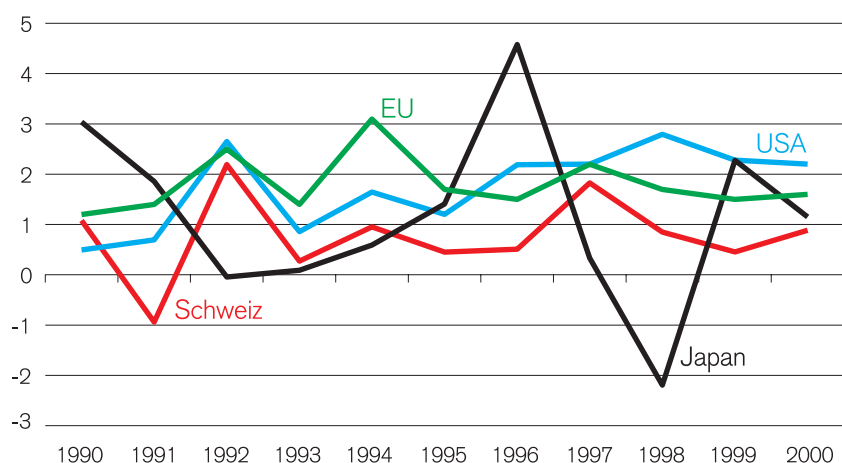
Stundenlöhne und ihre Kaufkraft, 1998 in USD



Quelle: OECD

Das hohe Preisniveau hat Auswirkungen auf die Kaufkraft der Einkommen. Die nominellen Arbeitseinkommen sind in der Schweiz hoch. Wegen des hohen Preisniveaus ist aber die Kaufkraft der Löhne deutlich niedriger. Das nominelle Arbeitseinkommen eines spanischen Arbeitnehmers ist nur halb so hoch wie jenes seines schweizerischen Kollegen. Gemessen an der Kaufkraft macht der Unterschied lediglich noch ein Viertel aus. Der Konsument antwortet mit den Füßen, bzw. den vier Rädern: Er kauft im Ausland ein. Unternehmen beschaffen sich dort ihre Vorprodukte.

Produktivität, %-Veränderung gegenüber Vorjahr



Der Produktivitätszuwachs in der Schweizer Wirtschaft hält mit dem internationalen Trend nicht Schritt. Das deutet auf Produktivitätsdefizite in der Binnenwirtschaft hin. Der international orientierte Teil unserer Volkswirtschaft erzielt nämlich ansehnliche Produktivitätssteigerungen. Deshalb ist die weitere rasche Deregulierung und Liberalisierung der Binnenwirtschaft, also der Abbau geschützter Märkte, eine Voraussetzung für höhere gesamtwirtschaftliche Produktivitätsgewinne.

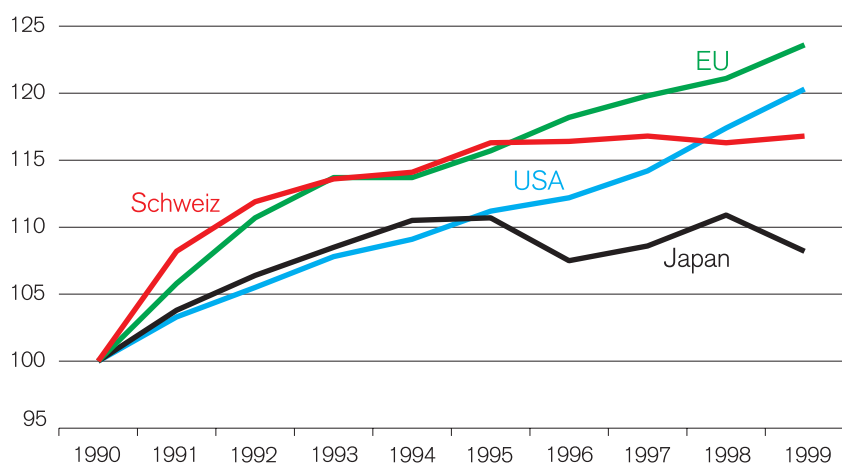
Marktoffenheit der Schweizer Branchen

Anzahl Punkte	Marktoffenheit	Beschäftigungsanteile in %
0	maximal	11,1
1 bis 2	gross	24,5
3 bis 5	mittel	36,5
6 bis 8	gering	18,1
9	minimal	9,7

Quelle: CREDIT SUISSE Economic Research

In der Schweiz arbeiten je rund 36% der Beschäftigten in Branchen mit grosser bis sehr grosser sowie mittlerer Marktoffenheit. Immerhin rund 28% der Arbeitskräfte sind in Wirtschaftszweigen mit geringer bis sehr geringer Marktoffenheit tätig. Über weitere Deregulierungen wird die Wettbewerbsintensität zum Nutzen der Konsumenten zunehmen.

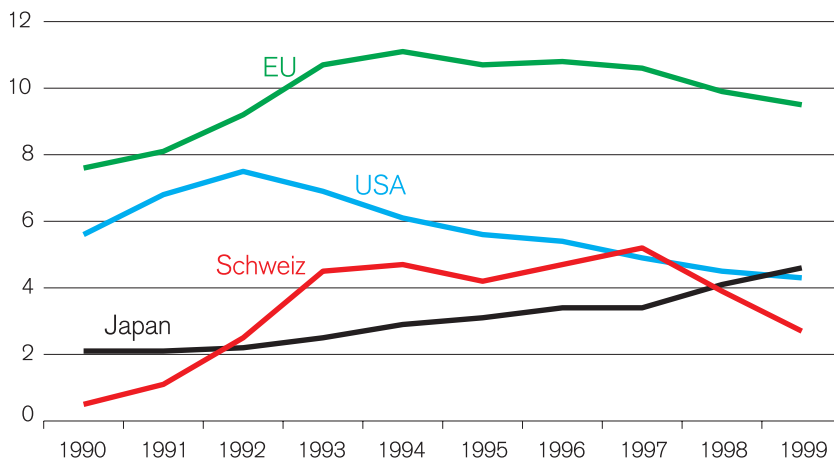
Entwicklung der Lohnstückkosten (Index 1990=100)



Quelle: OECD

Einen wichtigen Bestimmungsgrund für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes bildet die Entwicklung der Lohnstückkosten, also der Lohnsumme je produzierte Einheit. Hier hat die Schweiz gegenüber der EU und den USA an Konkurrenzkraft gewonnen; ihre Lohnstückkosten sind seit 1995 stabil, nachdem sie in den achtziger Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich zugenommen hatten. Bleibt uns dieser Wettbewerbsvorteil angesichts des wieder sehr angespannten Arbeitsmarktes erhalten?

Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte)



Viel rascher als in andern Ländern und Regionen hat sich bei uns die Arbeitslosigkeit zurückgebildet. Das Vollbeschäftigungsniveau ist praktisch wieder erreicht. Der eklatante Mangel an Fachkräften in verschiedenen Wirtschaftszweigen ist bekannt. Hier sorgt der Markt für starken Lohndruck – inwieweit er durch hohe Produktivitätsgewinne aufgefangen wird, wird sich weisen. Entsteht Gefahr für die Preisstabilität?

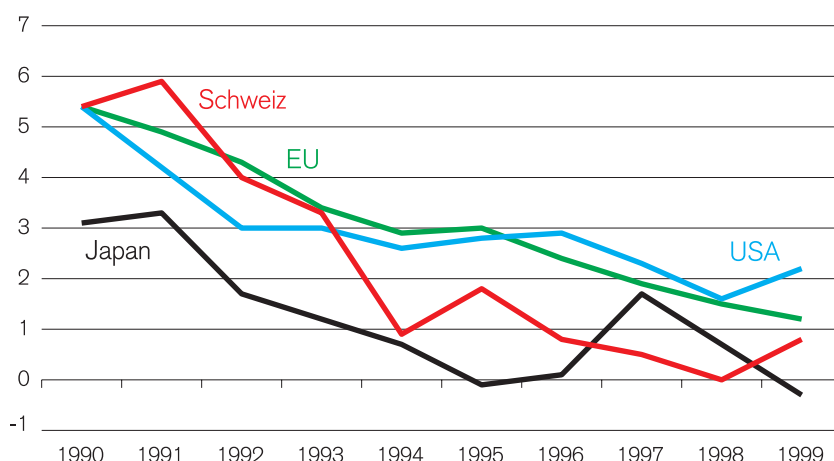
Deregulierung des Arbeitsmarktes, Ranking 1999

1. USA	..
2. Grossbritannien	14. Japan
3. Neuseeland	..
4. Kanada	20. Deutschland
5. Irland	21. Frankreich
6. Australien	22. Spanien
7. Schweiz	23. Italien

Quelle: OECD

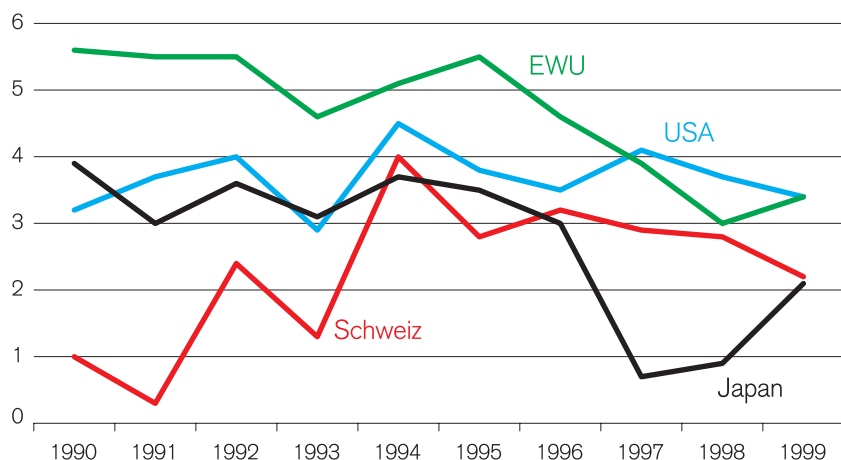
Ein wichtiger Grund für den raschen Rückgang der Beschäftigungslosigkeit ist die Flexibilität des schweizerischen Arbeitsmarktes. Die OECD hat für 26 Mitgliedstaaten das Ausmass dieser Flexibilität eruiert und dabei Faktoren wie Kündigungsschutz und Regulierung der Teilzeitarbeit untersucht. Die Schweiz liegt hinter sechs "angelsächsischen" Ländern auf Rang sieben. Japan und die vier grossen kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften folgen mit grossem Abstand. Die sechs Spitzenreiter verzeichneten in den neunziger Jahren überdurchschnittliche BIP-Wachstumsraten – eine Verheissung für die Schweiz? Ja, wenn wir die Fremdarbeiterpolitik liberalisieren.

Inflation in %



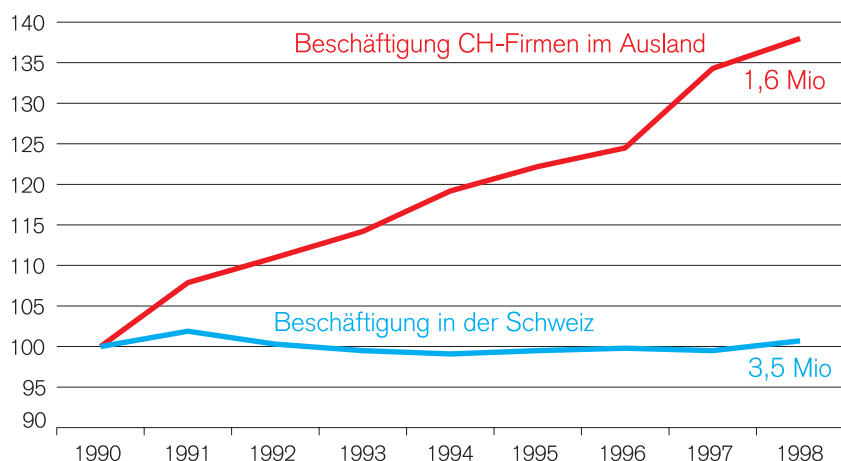
Vor nicht allzu langer Zeit zählte die Schweiz zu den Staaten mit den höchsten Inflationsraten. Im Laufe der neunziger Jahre sind wir unserem Ruf als stabilitätsorientiertes Land wieder gerecht geworden. Angesichts einer durchschnittlichen BIP-Wachstumsrate von rund 1% (1990-99) ist Schulterklopfen nicht ange-sagt. Auf die jüngsten Anzeichen einer Teuerungsbeschleunigung hat die SNB bestimmt reagiert. Sicher hat sie nicht nur die gestiegenen Erdölpreise, sondern auch die Enge des Arbeitsmarktes im Auge. Für unser Noteninstitut werden die Herausforderungen grösser.

Reale Renditen Staatsobligationen in %



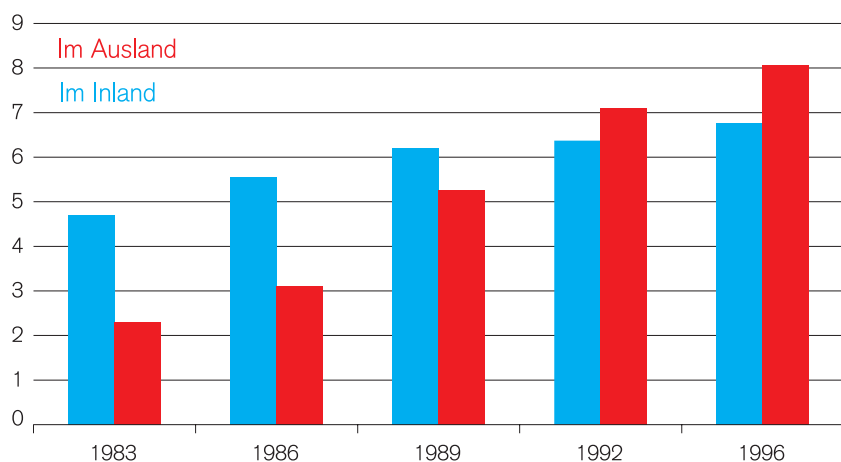
Auf dem Kapitalmarkt ist der Zinsvorteil der Schweiz erhalten geblieben. Die realen Zinsen waren am Anfang des letzten Jahrzehnts kurzzeitig negativ; inzwischen haben sie sich dem internationalen Niveau angenähert, ohne es indessen zu erreichen. Die Renditedifferenz dürfte in den kommenden Jahren kleiner werden, aber nicht verschwinden.

Beschäftigung im In- und Ausland (Index 1990=100)



Ein Merkmal der Schweizer Wirtschaft in den neunziger Jahren war ihre zunehmende Internationalisierung. Die nächsten Grafiken zeigen einige wesentliche Aspekte dieses irreversiblen Prozesses. Während die Beschäftigung in der Schweiz stagnierte, erhöhten unsere Unternehmen die im Ausland angebotenen Arbeitsplätze um fast 40%. Dafür gibt es verschiedene Gründe: die Enge des einheimischen Marktes, Standortnachteile in der Schweiz, die neuen Kommunikationstechnologien und nicht zuletzt das Bestreben, in grossen, kaufkräftigen und aufstrebenden Märkten direkt präsent zu sein und die Kunden im Interesse der Servicequalität direkt vor Ort zu bedienen.

Schweiz: Forschungsaufwendungen der Privatwirtschaft in Mrd. CHF



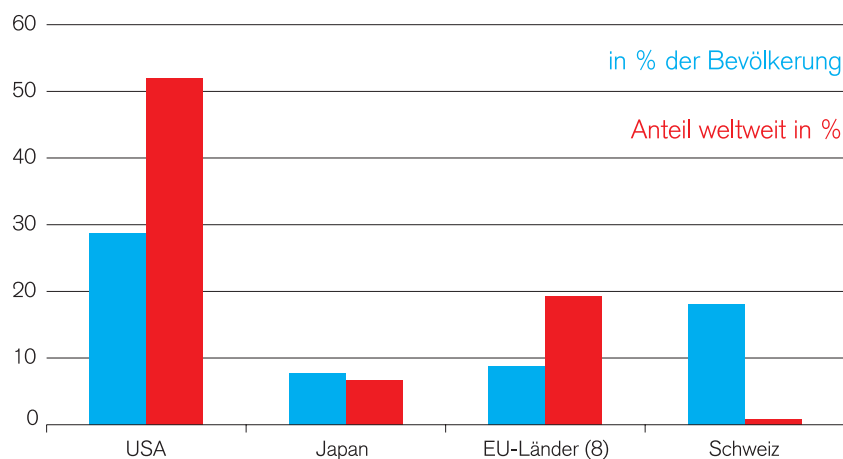
Ein gutes Zeugnis für die Schweizer Unternehmen! Sie haben zwischen 1983 und 1996 ihre Forschungsaufwendungen von rund 7 Milliarden auf rund 15 Milliarden Franken pro Jahr mehr als verdoppelt. Der unterschiedliche Rhythmus von Inland- und Auslandsausgaben fällt auf. Ist der Forschungsstandort Schweiz zu wenig attraktiv? Die Enge unseres Arbeitsmarktes für Spezialisten kann zu diesem Schluss verleiten. Das folgende Schaubild spricht dagegen.

Länder-Ranking Forschung und Entwicklung (Position von 47 Ländern)

	Ausgaben F&E pro Kopf	Ausgaben F&E in % BIP	Erwerbstätige F&E pro Kopf	Nobelpreise pro Kopf	Laufende Patente pro Kopf
Schweiz	1	4	1	2	1
Japan	2	2	3	19	7
Schweden	3	1	2	1	3
USA	4	6	9	5	11
Dänemark	6	11	7	4	10
Deutschland	7	7	6	7	15
Niederlande	10	10	12	9	6
Grossbritannien	15	13	14	3	n.v.

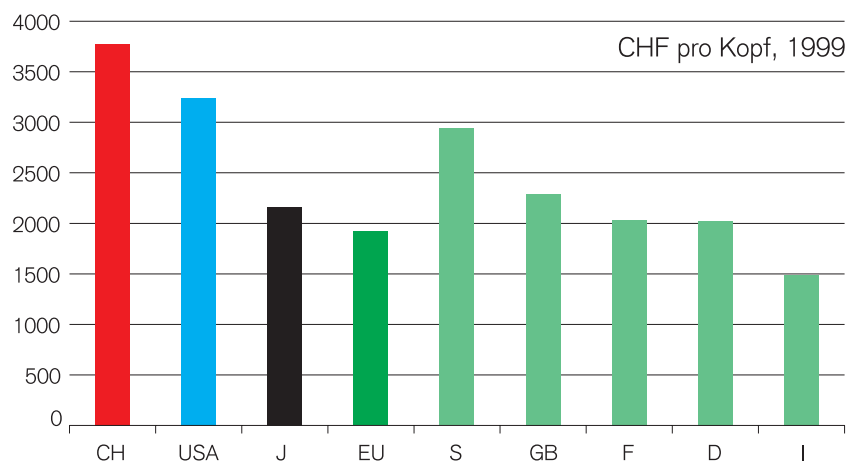
Quelle: The World Competitiveness Yearbook 1999

Internet-Nutzer



Quelle: Computer Industry Almanac

Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien



Quelle: European Information Technology Observatory 2000

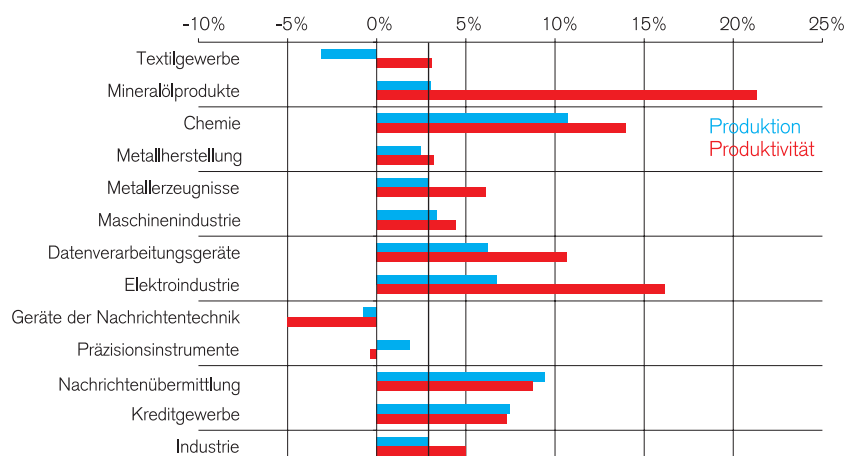
Gemäss den Erhebungen des IMD schneidet die Schweiz bei forschungsrelevanten Indikatoren vorzüglich ab. Das ist ein wertvoller Trumpf, der in der Zukunft ausgespielt werden kann. Voraussetzung dafür ist, dass wir unser Technologieportfolio optimieren. Bisher wurden innovationsstarke Felder zu wenig abgedeckt. Ferner besteht Bedarf nach grösserer Vernetzung von Hochschulen, Risikokapitalgebern und Wirtschaft.

Auch im Hinblick auf die Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien kann sich die Schweiz sehen lassen. Die Internet-Gemeinde ist bereits gross und wächst schnell. Zur Zeit wird es hauptsächlich eingesetzt, um betriebliche Aktivitäten wie Beschaffung und Verkauf zu unterstützen. Für die Zukunft tut sich eine Vielzahl weiterer Anwendungsmöglichkeiten auf. Eine hohe Computerdichte ist eine wichtige Voraussetzung für eine rasche Wissensdiffusion. In Kombination mit einer entsprechenden technischen Kompetenz bildet sie die Grundlage für das erfolgreiche Umsetzen von Innovationen und technologischen Durchbrüchen in neue Prozesse, Güter und Dienstleistungen.

Die Schweiz bereitet sich gut auf die Herausforderungen der "new economy" vor. Die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien je Einwohner liegen über jenen der Vereinigten Staaten und des E-Landes Schweden. Die Höhe der Ausgaben sagt allerdings über die Effizienz wenig aus. Der Mangel an Fachkräften kann hier ein limitierender Faktor sein. In Bezug auf die Penetration der Wirtschaft mit PCs liegt die Schweiz zwar hinter den USA und Schweden, aber um fast 100% über dem Durchschnitt der EU.

Produktion und Produktivität in Schlüsselbranchen

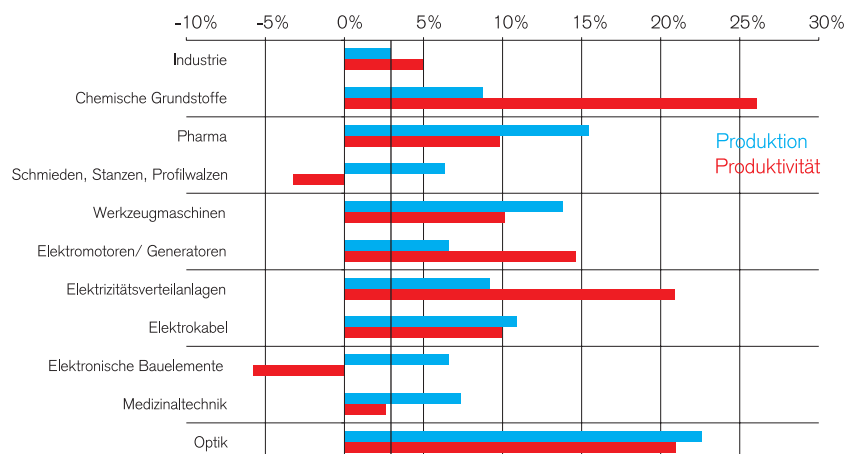
Durchschnittliche jährliche Veränderung in % 1995 – 1998



Quelle: BFS, CREDIT SUISSE Economic Research

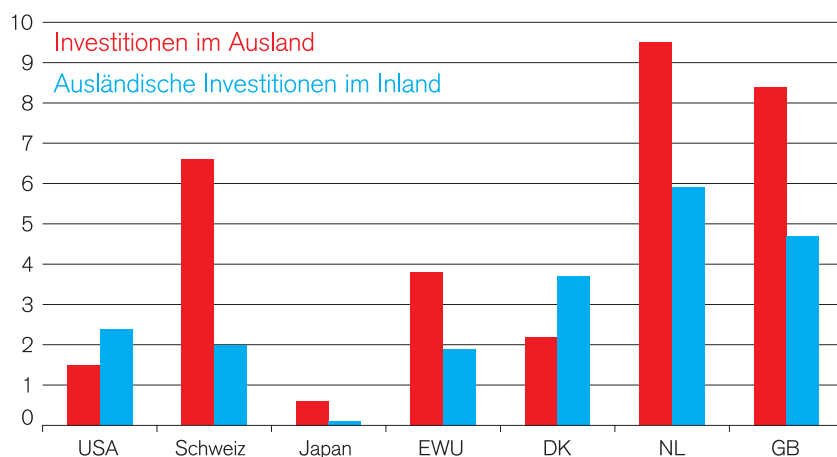
Produktion und Produktivität in ausgewählten Wachstumsbranchen

Durchschnittliche jährliche Veränderung in % 1995 – 1998



Quelle: BFS, CREDIT SUISSE Economic Research

Direktinvestitionen in % BIP, 1998



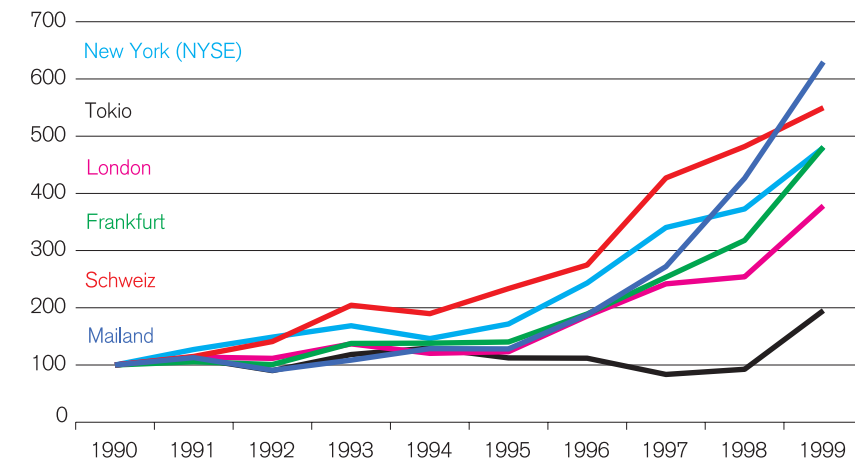
Quelle: OECD

Die Schweiz ist in den weltweiten Schlüsselbranchen Chemie, Investitionsgüter und Banken international gut positioniert. Wohl erlitt die Maschinenindustrie aufgrund der Asienkrise zeitweise Schwächen. Diese dürften jedoch mittlerweile überwunden sein. In den Dienstleistungsbereichen mit hohem Wachstumspotenzial wie Informationstechnologie und Telekommunikation ist die Schweiz international nur schwach vertreten. Das Angebot beschränkt sich weitgehend auf den inländischen Markt. Für internationale Engagements weisen viele schweizerische Anbieter nicht die notwendige kritische Grösse auf. Dasselbe gilt für die Hersteller informationstechnologischer oder nachrichtentechnischer Geräte.

Innerhalb der Schlüsselbranchen gibt es ausgesprochene Wachstumsbereiche, die in der Schweiz namhaft vertreten sind. Dazu gehören die chemischen Grundstoffe, die pharmazeutische Industrie und der Werkzeugmaschinenbau. In der Elektrotechnik sind die Elektromotoren und Generatoren, die Elektrizitätsverteilanlagen sowie die Elektrokabel starke Wachstums promotoren. Die Hersteller elektronischer Bauelemente erlitten aufgrund der starken Expansionsstrategie einen Produktivitätseinbruch, weisen jedoch – ähnlich wie die Medizinaltechnik – eine hohe Wachstumsdynamik auf.

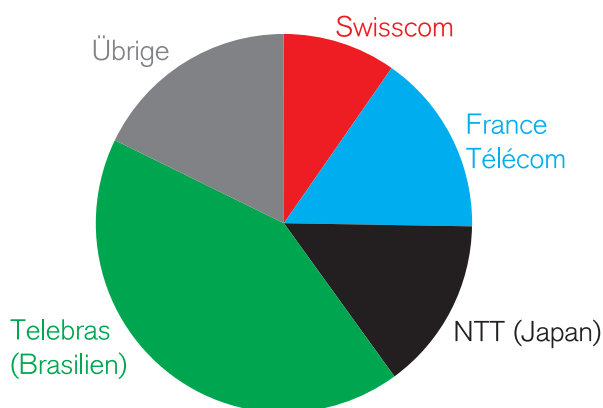
Ein weiterer Hinweis auf die zunehmende Internationalisierung. Unser Land ist heute weltweit der siebentgrößte Direktinvestor. Die Investitionen der schweizerischen Unternehmen im Ausland sind in den neunziger Jahren viel stärker gewachsen als die ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz. Schwerpunkte unserer Investitionen im Ausland setzen die pharmazeutische Industrie und der Finanzdienstleistungsbereich. Die Schweizer Unternehmen scheinen für die Globalisierung gut gerüstet zu sein.

Börsenkapitalisierung (Index 1990=100)



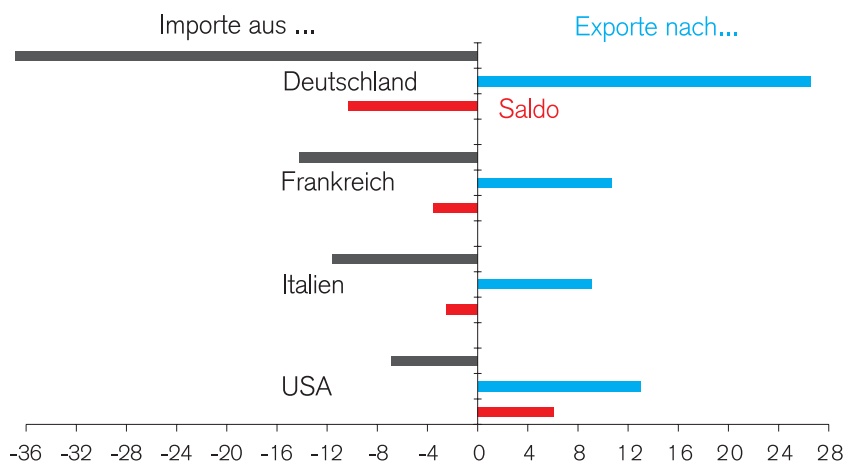
Quelle: Schweizer Börse

Privatisierungsvolumina Telekommunikation (weltweit 65 Mrd. CHF, 1998)



Quelle: OECD, SWX

Aussenhandelspartner der Schweiz (1999 in Mrd. CHF)

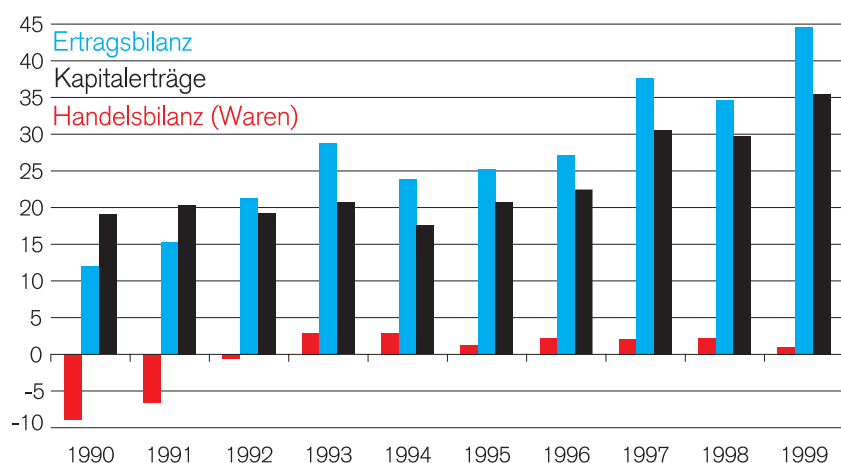


Die Offensivstrategie der global ausgerichteten Schweizer Unternehmen wird von den Finanzmärkten belohnt. Zwischen 1990 und 1998 hat die Börsenkapitalisierung in der Schweiz am stärksten zugenommen. Die Börsenentwicklung stand im Gegensatz zur Stagnation der schweizerischen Realwirtschaft. Unsere Unternehmen waren in dieser Zeit attraktiver als unser Wirtschaftsstandort. Starke, von der Schweiz aus tätige und in der Schweiz operierende Multis sind eine grosse Chance für unsere KMU und für mehr Wachstum. 1999 wurde die Schweiz von Mailand, aber auch von Paris, überflügelt.

Das tiefe Zinsniveau, Unternehmensrestrukturierungen, Firmengründungen und Privatisierungen schufen in den vergangenen Jahren ein günstiges Umfeld für Publikumsöffnungen. In der Schweiz gingen 1997 bis 1999 insgesamt 51 Unternehmen an die Börse und nahmen dabei rund 30 Mrd. CHF Kapital auf. Die erste Privatisierungstranche der Swisscom AG für 8.6 Mrd. CHF stellte 1998 europaweit den grössten erstmaligen Börsengang (IPO/Initial Public Offering) und weltweit eine der gewichtigsten Publikumsöffnungen im Telekommunikationsbereich dar. Im Gleichschritt mit der Liberalisierung des Strommarktes sowie anderer Bereiche des Service Public werden weitere Schweizer Staatsbetriebe privatisiert werden, wovon einige an die Börse drängen dürften.

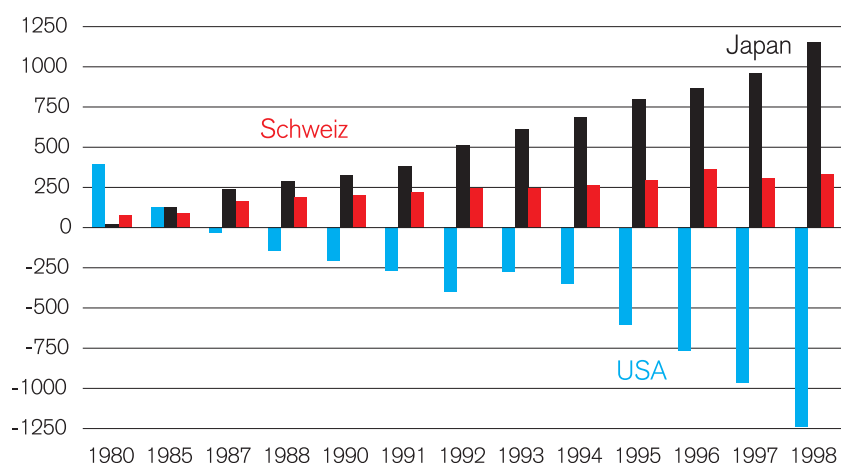
In ihrem Aussenhandel ist die Schweiz stark europaorientiert. Die Warenimporte aus den EU-Ländern sind zum Teil markant höher als die Ausfuhren dorthin. Somit ist die EU für uns ein wichtiger Lieferant. Die starke Aussenhandelsabhängigkeit zeigt, dass wir nach der erfreulich deutlichen Annahme der bilateralen Verträge durch die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Auseinandersetzung mit der Gemeinschaft nicht abbrechen können.

Schweiz: Leistungsbilanzsaldi in Mrd. CHF



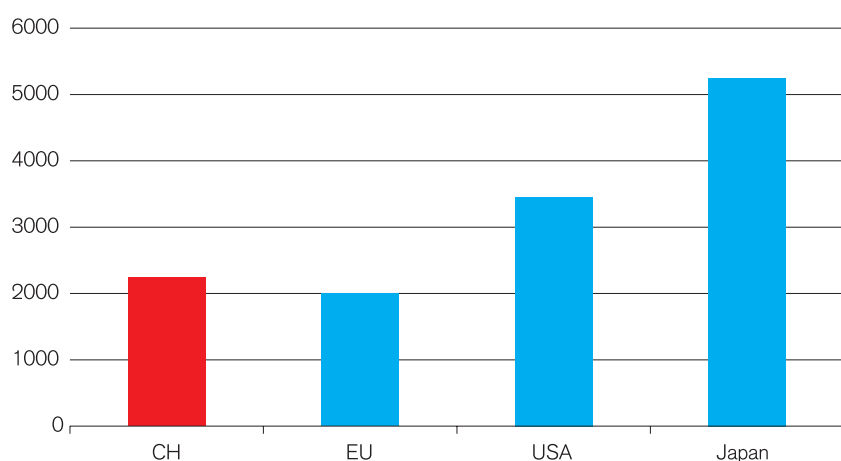
Die hohen Überschüsse in der Ertragsbilanz erzielen wir nicht dank des Warenhandels. Wesentlich für den Überschuss von über 45 Milliarden Franken im Jahre 1999 sind die Nettokapitalerträge, die sich seit dem Beginn der neunziger Jahre nahezu verdoppelt haben. Diese Erträge resultieren aus unseren Direkt- und Portfolioinvestitionen im Ausland sowie den ausländischen Schuldnern gewährten Bankkrediten. Mit gut 11% des Bruttoinlandprodukts sind die Ertragsbilanzüberschüsse im internationalen Vergleich ausserordentlich hoch. Japan, das als Überschussland par excellence gilt, kommt auf rund 3%.

Nettoauslandposition in Mrd. USD



In der Tat ist die Schweiz einer der grossen Nettogläubiger der Welt. Diese Tatsache bringt uns einen wachsenden Strom von Kapitalerträgen und ist damit eine Ursache der traditionellen Frankenstärke. Allerdings steigt in einer solchen Volkswirtschaft das Risiko der Rentner-Mentalität und der nachlassenden Dynamik. Hohe Leistungsbilanzüberschüsse können auch ein Hinweis auf mangelnde Standortattraktivität sein.

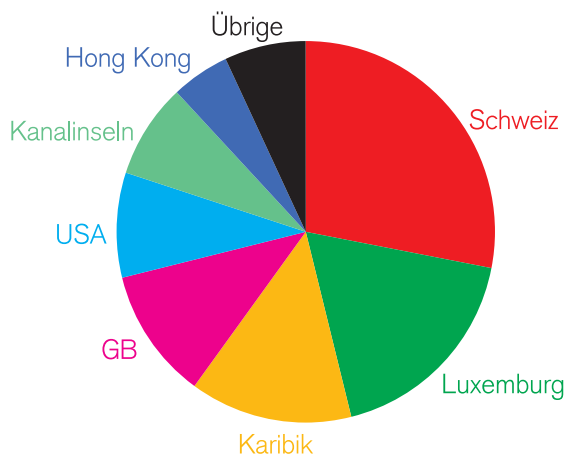
Bankensektor: Einwohner pro Filiale (1998)



Die Zahl der Banken hatte in der Schweiz Ende 1990 mit 495 Instituten ihren Höhepunkt. Seitdem ist sie auf rund 370 zurückgegangen. Parallel dazu wurde das Filialnetz von 4'161 auf knapp 3'000 reduziert. Somit müssen sich etwa 2'400 Einwohner eine Niederlassung teilen. Im internationalen Vergleich – für den allerdings erst Zahlen von 1998 vorliegen – verfügt die Schweiz nach wie vor über eine hohe Bankendichte. Ein ähnlich dichtes Netz von Filialen weist die EU auf, wogegen in den USA und in Japan auf deutlich mehr Einwohner eine Niederlassung entfällt.

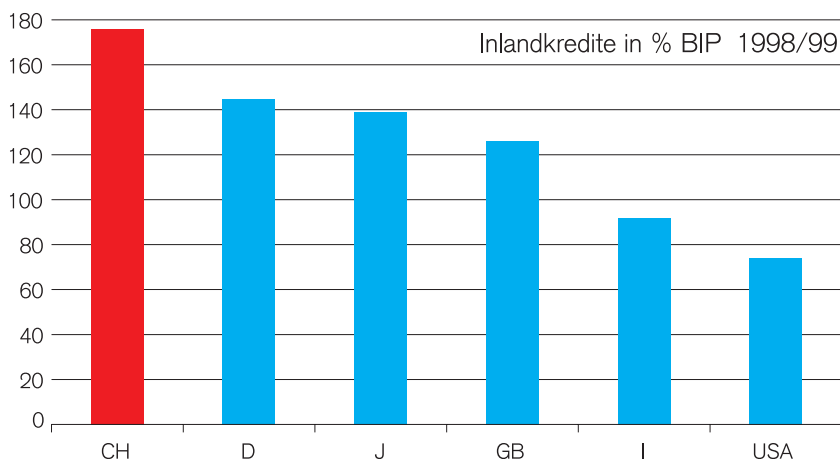
Quelle: BIZ, Eigene Berechnungen

Offshore Private Banking (1997)



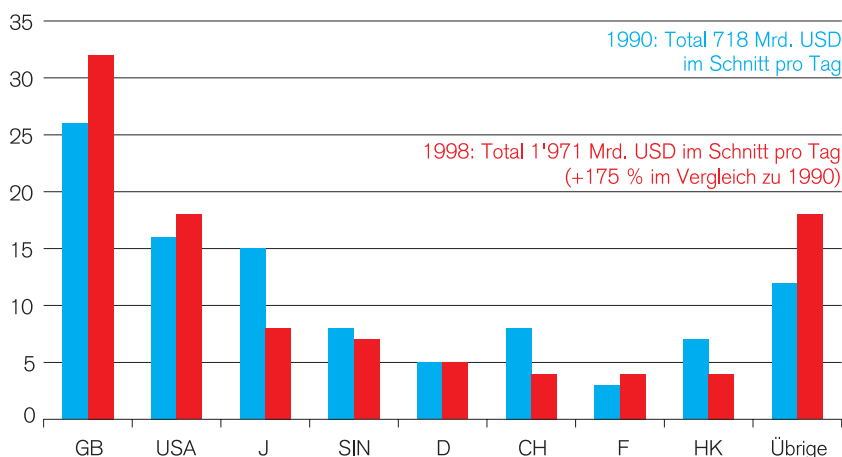
Quelle: Gemini Consulting

Bankkreditverschuldung des privaten Sektors



Quelle: IMF, SNB

Weltweiter Devisenhandel (Anteile in %)



Quelle: BIZ

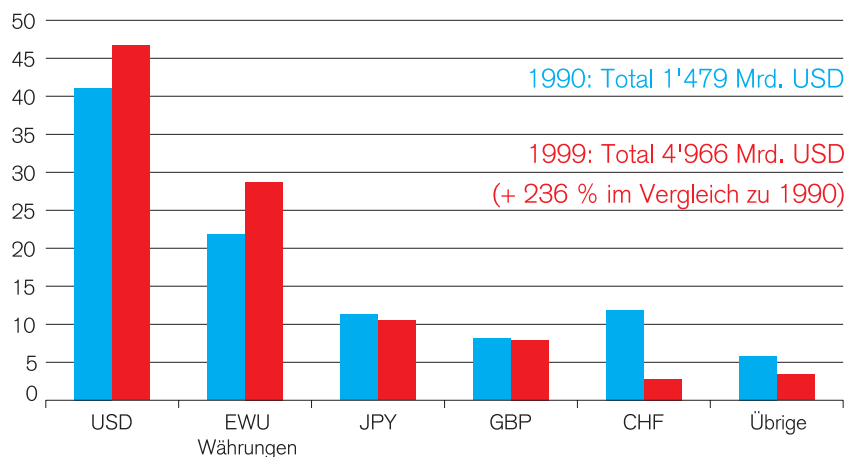
Zentraler Pfeiler des Finanzplatzes Schweiz ist das Private Banking. Internationale Vergleiche liegen für jene Gelder vor, die ausserhalb des Landes eines Kunden verwaltet werden (offshore). Das sind heute weltweit rund 7'500 Mrd. USD. Mit 25-30% entfällt nach wie vor das grösste Stück des Kuchens auf die Schweiz. In den achtziger Jahren waren es jedoch 40-50%. Zu den Erfolgsfaktoren gehören vor allem das Konzept einer umfassenden Finanzberatung, die Performance und eine hohe Servicequalität. Verstärkt im internationalen Rampenlicht steht das Bankkundsgeheimnis. Es darf nicht zur Disposition gestellt werden.

Gemessen am nominalen Bruttoinlandprodukt weist die Schweiz die international höchste Bankkreditverschuldung auf. Insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine derart hohe gegenseitige Abhängigkeit sowohl für Banken als auch Kreditnehmer mit erhöhten Risiken verbunden. Bei einem Systemwechsel der Wohneigentumsbesteuerung, bei welchem die schweizerischen Besonderheiten Eigenmietwert und Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen und Unterhaltskosten wegfallen sollen, dürften sich die hiesigen Amortisationsgepflogenheiten ändern und demzufolge die Bankkreditverschuldung reduzieren.

Die Schweiz gehört weltweit zu den sechs wichtigsten Devisenhandelsplätzen. Pro Tag werden fremde Währungen im Gegenwert von rund 80 Mrd. USD gehandelt. Das entspricht einem Anteil von 4%. Im Vergleich zur Erhebung von 1990 haben Grossbritannien und die USA ihre dominierende Stellung weiter ausbauen können. Devisentransaktionen sind in starkem Masse mit anderen (internationalen) Finanzgeschäften verbunden, wie z.B. Zahlungsverkehr, Wertpapieremissionen, Börsenhandel. Bei letzterem stellt die Stempelsteuer ein Handicap dar. Gezielte Entlastungen, namentlich für preissensitive Kundensegmente, sind dringend nötig.

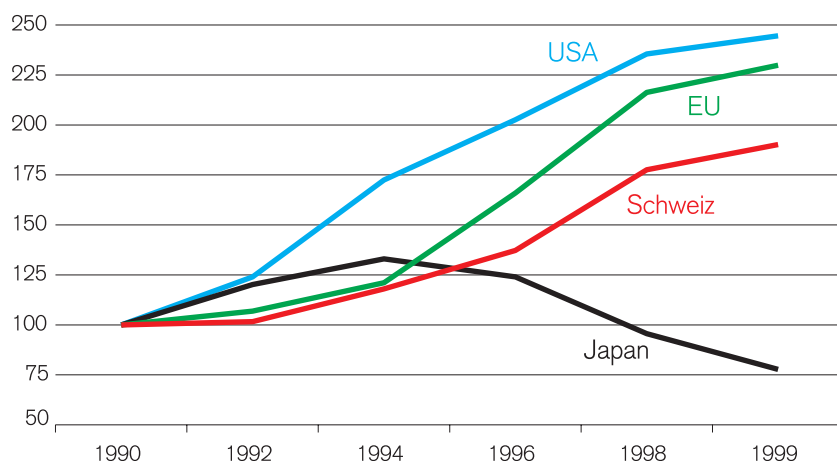
Internationale Anleihen nach Währungen (ausstehend Ende Jahr)

Währungsanteile in %



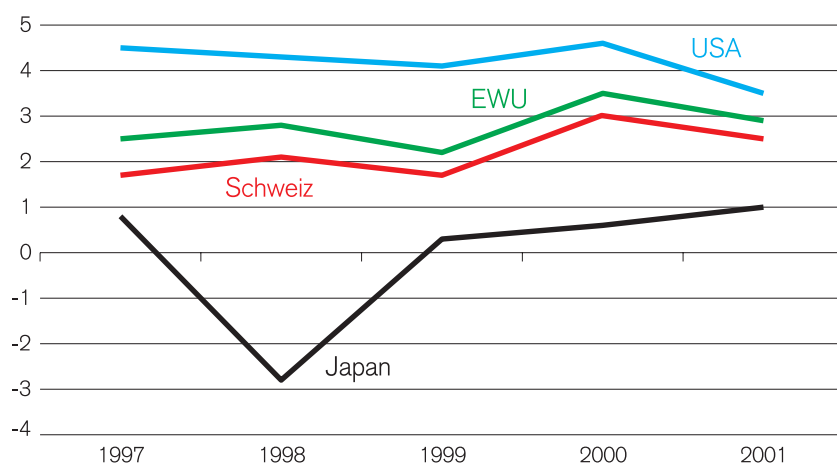
Quelle: BIZ

Anzahl Fonds (Index 1990=100)



Quelle: Swiss Funds Association

Ausblick: Reales Wirtschaftswachstum in %



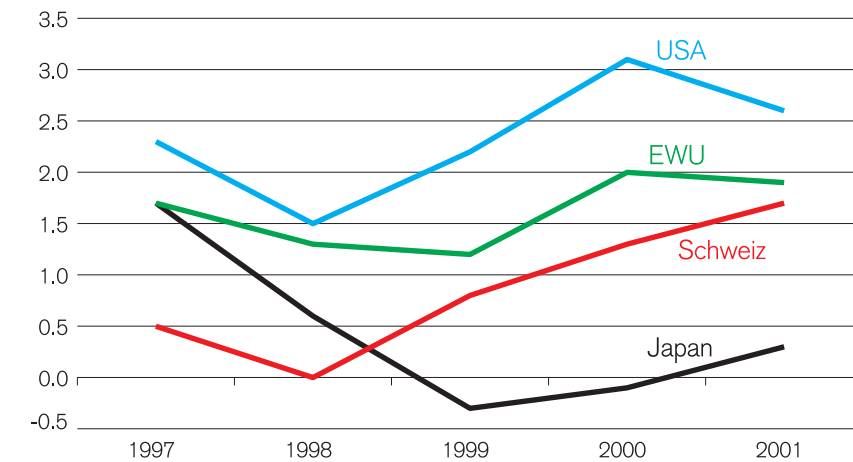
Prognose: CREDIT SUISSE Economic Research

Ende 1999 waren weltweit für knapp 5'000 Mrd. USD internationale Obligationen (Eurobonds und klassische Auslandsanleihen) ausstehend. Die Emissionswährung Franken rangierte dabei an fünfter Stelle. Der Bedeutungsverlust im Vergleich zu 1990 ist jedoch unübersehbar. Er ist einerseits auf Wechselkurseinflüsse zurückzuführen, andererseits sind die anderen Märkte deutlich stärker gewachsen. Obwohl in den neunziger Jahren eine Reihe von Grossanleihen die Liquidität am hiesigen Kapitalmarkt markant verbessert haben, bieten der Dollar- und Eurobereich diesbezüglich Anlegern wie Emittenten vielfältigere Möglichkeiten.

Das Fondsgeschäft ist weltweit im Aufwind. Derzeit sind Anlagefonds im Gesamtvolumen von rund 12'000 Mrd. CHF auf dem Markt. Die Schweiz hat Anfang 1995 ein modernisiertes Fondsgesetz erhalten. Die Zahl der hiesigen Anlagefonds hat sich entsprechend in den neunziger Jahren knapp verdoppelt. Der Vertrieb von in der EU domizilierten Fonds ist aber nach wie vor attraktiver. Sie profitieren von einer EU-weiten Zulassung. Es erstaunt daher nicht, dass die Zahl der Anlagefonds während des Beobachtungszeitraums in Italien auf das Fünffache, in Luxemburg auf das Siebenfache und in Spanien gar auf das Achtfache gestiegen ist.

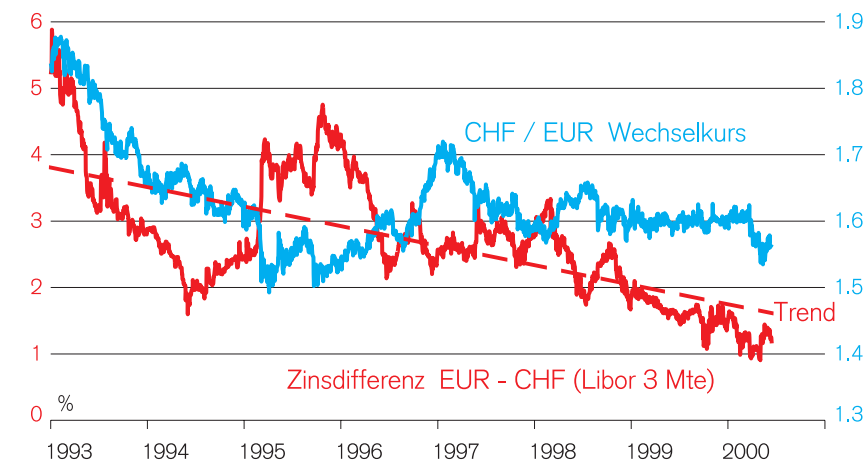
Die schweizerische Wirtschaft hat die Stagnation überwunden und dürfte in den nächsten Jahren Wachstumsraten über 2% erzielen. Allerdings sieht es nicht danach aus, dass die Wachstumsdifferenz zur EWU bald verschwinden würde. Das muss uns zu denken geben. Es ist kein Naturgesetz, dass die schweizerische Wirtschaft wie in den neunziger Jahren um einen Prozentpunkt weniger als die EU und um zwei Prozentpunkte weniger als die Vereinigten Staaten wächst (1990 bis 1999: Schweiz: 1%, EU: 2%, USA: 3%). In vielen kleineren und mittelgrossen Volkswirtschaften wie Australien, Kanada, Holland, Schweden und Finnland wäre 2% bis 2,5% Wachstum wenig und würde Besorgnis auslösen.

Ausblick: Inflation in %



Prognose: CREDIT SUISSE Economic Research

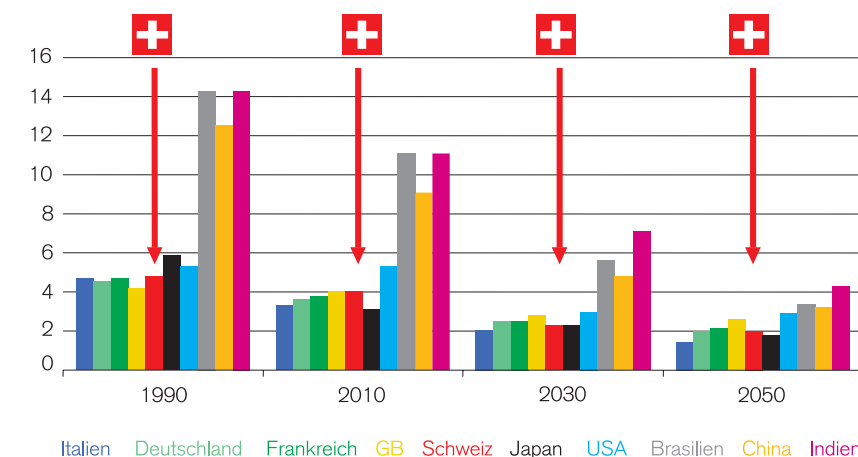
EWU-Schweiz: Zinsdifferenz und Wechselkurs



Für tiefe Inflationsraten in der Schweiz sprechen mittelfristig neben dem intensiven internationalen Wettbewerb die interne Liberalisierung und Deregulierung. Beispiele dafür sind die Landwirtschaft, die Energiewirtschaft und, weiterhin, der Telekommunikationsbereich. In kürzerer Frist werden der Ölpreisanstieg und Mietzinserhöhungen für höhere Teuerungsraten sorgen.

Auf dem Geldmarkt trat in den letzten Jahren eine Verringerung der Differenz zwischen Euro- und Frankenzinsen ein. Eine Ursache dafür war die Wechselkursstabilität zwischen dem Franken und dem Euro. Solange die Wachstums- und Inflationstrends in der Schweiz und der EWU gleichgerichtet sind, spricht nichts gegen eine parallele Geldpolitik und – damit verbunden – stabile Wechselkurse. Das Ausnutzen der geldpolitischen Autonomie wird dann wichtig, wenn gegenläufige Konjunkturtendenzen sichtbar werden. Weil die Enge des Arbeitsmarktes bei uns den Inflationsdruck erhöhen kann, ist die Geldpolitik der SNB vergleichsweise restriktiver geworden. Der Franken hat sich leicht aufgewertet.

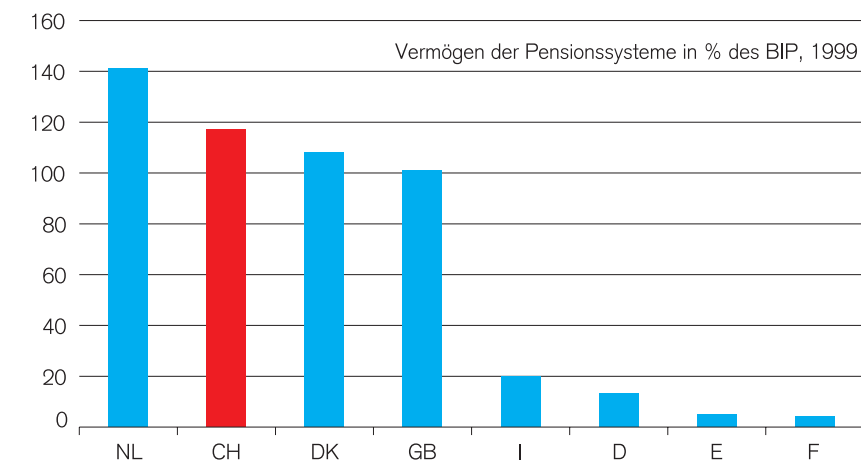
Demographie: Anzahl Arbeitnehmer pro Rentner



Quelle: World Population Prospects, UN, CREDIT SUISSE ASSET MANAGEMENT

Es ist bekannt, dass die Bevölkerungsentwicklung die Sozialversicherungssysteme langfristig vor grosse Probleme stellt. Die Anzahl Arbeitnehmer pro Rentner wird kontinuierlich sinken. Das wird sich zunächst in den Industrieländern, später aber auch in den (heutigen) emerging economies in Form von Finanzierungsengpässen bemerkbar machen. Es drohen Transfers zwischen den Generationen in einem Ausmass, das Konflikte zwischen alt und jung auslöst.

Europäische Pensionssysteme im Vergleich



Quelle: William M. Mercer

In Europa ist die Schweiz dank der starken zweiten Säule der Altersvorsorge besser für die demografische Herausforderung gerüstet als die grossen kontinentalen Volkswirtschaften. Dennoch geht eine Aktualisierung von IDA-FiSo-1 davon aus, dass im Jahre 2010 bei einem realen Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 1,3% (Referenz-Szenario) für die Finanzierung der Sozialversicherungen im Vergleich zu heute ein Mehrbedarf von 3,4 Mehrwertsteuerprozenten besteht. Bei einem Wachstum von 1,8% (Szenario "hohes Wachstum") reduziert sich dieser Bedarf auf rund 2,5 Mehrwertsteuerprocente. Das Wirtschaftswachstum ist also entscheidend. Warum soll 1,8% "hohes Wachstum" sein? Frühere Schaubilder haben es gezeigt; 1,8% ist wenig. 3% und mehr ist der benchmark.

MASSNAHMEN	WIRKUNG
Wettbewerbspolitik	
- Privatisierung von Staatsbetrieben - Deregulierung - Konzentration des Staates auf Kern-Kompetenzen - Wettbewerb im Gesundheitswesen - Entschlossene Fortführung der Reformen (Binnenmarkt, Kartelle) - Importliberalisierung	- Verstärkte Innovationskraft - Tiefere Kosten und höhere Kaufkraft - qualitative Beschäftigungseffekte
Arbeitsmarktpolitik	
- Marktbezogene Fremdarbeiterpolitik - Verkürzung der Erstausbildung, aber stetige Weiterbildung - Reduktion der fiskalischen Belastung des Faktors Arbeit	- Wachstumshemmende Enge des Arbeitsmarktes beseitigt - Arbeitspotenzial optimal genutzt - Höhere Produktivität - Mehr Innovation
Technologie- und Bildungspolitik	
- Reform der Berufsbildung - "Hochschule Schweiz" international vernetzen (z.B. in Automation, Informatik, Umwelttechnologie, neue Materialien, Biotechnologie, Medizinaltechnik) - Fokussierte Bildungsinstitutionen - Schwergewicht auf zukunftssträchtigen Branchen (z.B. Informations- und Kommunikationstechnologien) - Rascher Wissens- und Technologie-Transfer - Förderung Auslandsemester/-praktika - Bildungsgutscheine	- Höhere Produktivität - Mehr Innovation - Dynamischer Forschungsstandort - Schnelle industrielle Verwertung wissenschaftlicher Durchbrüche - qualitative Beschäftigungseffekte
Finanz- und Steuerpolitik	
- Privatisierungen und New Public Management - Rückführung der Staatsquote auf den Stand 1990 - Neues Steuersystem und neuer Finanzausgleich	- Verbesserte Leistungsanreize - Günstigere Finanzierung privater Investitionen - Breiteres Angebot an Risikokapital erleichtert Unternehmungsgründungen
Zielsetzung	
Die Schweiz will während der Legislaturperiode 2003 bis 2007 ein Wirtschaftswachstum erzielen, das den EU-Durchschnitt deutlich übertrifft und mindestens dem Wachstum der dynamischen mittelgrossen Volkswirtschaften innerhalb und ausserhalb Europas entspricht. Um dies zu erreichen, werden unter breiter Beteiligung in den vier Bereichen Wettbewerbspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Technologie- und Bildungspolitik sowie Finanz- und Steuerpolitik wachstumsfördernde Massnahmen identifiziert und auf ihre zeitliche Realisierbarkeit überprüft. Daraus wird ein Terminkalender für die Durchführung abgeleitet. Die Chancen von "quick wins" werden sofort genutzt.	

Notizen:

In der Reihe «Economic Briefing» sind bisher folgende Ausgaben erschienen:

Nr.	Titel	Mat.-Nr. Deutsch	Mat.-Nr. Französisch	Mat.-Nr. Italienisch	Mat.-Nr. Englisch
1	Europäische Währungsunion: Ein Jahr vor der Entscheidung (4/97)	vergriffen	vergriffen	-	-
2	Europäische Währungsunion: Ihre Fragen, unsere Antworten (7/97 und 5/98)	1521021	1521022	1521023	1521024
3	Inflation: Totgesagte leben länger (10/97)	1510331	-	-	-
4	Die EWU: Spreads and more . . . (10/97)	vergriffen	-	-	vergriffen
5	Schweizerische Sozialpolitik: Quo Vadis (10/97)	1510351	1510352	-	-
6	Elchtest für den Euro: Der Weg zur Einheitswährung (3/98)	1510761	1510762	-	vergriffen
7	Kreditmarkt Schweiz: Ökonomische Zusammenhänge (7/98)	1510771	1510772	1510773	-
8	Unternehmen und Euro: Habe ich an alles gedacht? (5/98)	1510781	1510782	vergriffen	-
9	Der Euro kommt: Mechanik und Dynamik im Euroland (7/98)	1510831	1510832	-	1510834
10	Kantonale Finanzen: Die Herausforderungen der Zukunft verlangen Teamarbeit (9/98)	1510871	1510872	-	-
11	Das Jahr-2000-Problem: Keine Rezession in Sicht (6/99)	1510971	1510972	-	1510974
12	Allfinanz: Nicht neu, aber mit Zukunft (10/99)	1510991	1510992	1510993	-
13	Neuer Glanz für Gold . . . (10/99)	1540701	1540702	-	-
14	Aktien als langfristige Kapitalanlage (11/99)	1540711	1540712	-	1540714
15	Electronic Commerce: (R)evolution für Wirtschaft und Gesellschaft (1/00)	1511361	1511362	-	1511364
16	Europäische Union: Gestern, heute, morgen (3/00)	1511381	1511382	-	1511384
17	Shareholder Value: Viel mehr als ein Schlagwort (6/00)	1540801	-	-	1540804
18	Die Schweiz im internationalen Wettbewerb (8/00)	1540811	1540812	-	1540814

